



Steffen Lehndorff:
Gewerkschaften in der EU

Otto König/Richard Detje:
Sozialpartnerschaft ade?

Beiträge u.a. von

Gine Elsner, Stephanie Odenwald, Thomas Kuczynski, Wolfgang Müller, Hinrich Kuhls, Joachim Bischoff, Axel Troost/Reinald Ötsch, Erhard Korn

**Forum
Gewerkschaften**

**BEN
JENNINGS**

SORRY,
SEAT'S TAKEN

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Zum Beispiel zu

Bildung auf einen Blick 2019

Deutschland reproduziert und verschärft nach wie vor in seinem Bildungswesen die soziale Spaltung in der Gesellschaft.

Zu den Fed-Zinssenkungen:

Vorbeugung gegen die Talfahrt der Ökonomie

Die erneute Leitzinssenkung der US-Notenbank hat den amerikanischen Präsidenten Donald Trump keineswegs zufriedengestellt. Er erneuerte seine grundsätzliche Kritik an der Politik der Notenbank.

Oder zum Nahen & Mittleren Osten

Maximaler US-Druck ... gegen missliebige Energieproduzenten

Wer sich durch die Initiative von Emmanuel Macron im Rahmen des G7-Gipfels in Biarritz, die beiden Kontrahenten im USA-Iran-Konflikt einander wieder näher zu bringen, Hoffnungen auf Verhandlungen zu einer Krisenlösung gemacht hatte, wurde mit dem Drohnen- und Raketenangriff auf das Herzstück der saudi-arabischen Erdölindustrie eines Besseren belehrt.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent*innen und
Leser*innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Krisenherde

Wolfgang Müller: Mit Mao-Zitaten und US-Flaggen gegen China
Die Demonstrationen in Hongkong und ihre Hintergründe 2

Hinrich Kuhls: Die Staats- und Verfassungskrise im Vereinigten Königreich
Der Chaos-Brexit als Souveränitätsfalle und ökonomische Katastrophe 7

Sozial-ökologische Transformation

Redaktion Sozialismus:
Nachhaltigkeitsrevolution und Green New Deal 13

Axel Troost/Reinald Ötsch:
CO₂-Preis – weder Superheld noch Superschurke 19

Joachim Bischoff: Ziel – eine ausgewogene Wirtschaft – was kümmert uns da
ein Defizit? Anmerkungen zur Modern Monetary Theory 21

Michael Wendl:
Geldschöpfung und Geldpolitik 26

Bernhard Müller: »Altersarmut wird uns mit Wucht überrollen«
Neue empirische Befunde 32

DDR-Bilanz

Thomas Kuczynski: Woran ist der Sozialismus in der DDR gescheitert?
Was bei einer Wirtschaftsgeschichte bedacht werden muss 39

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Sozialpartnerschaft adé? Im Windschatten des
Abschwungs – Arbeitgeber-Angriffe auf Mitbestimmung und
Flächentarifverträge 46

Steffen Lehndorff: Aus der Balance geraten. Das Verhältnis von
Gewerkschaften, Tarifvertragssystemen und Staat in der EU 51

Geschichte und Feminismus

Gine Elsner: »Gestern haben wir angesegelt«
Die deutsche Wehrmacht in Norwegen 58

Erhard Korn: 100 Jahre Rotes Wien
Ein Beispiel linker Kommunalpolitik 1919-1934 60

Stephanie Odenwald: Feminismus für die 99 Prozent (zu Arruzza/
Bhattacharya/Fraser, Feminism for the 99%. A Manifesto) 66

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 67

Veranstaltungen & Tipps 68

Marion Fisch: Und der Zukunft zugewandt (Filmkritik) 69

Die Staats- und Verfassungskrise im Vereinigten Königreich

Der Chaos-Brexit als Souveränitätsfalle und ökonomische Katastrophe

von ■ Hinrich Kuhls

Das hat es in der Geschichte der Europäischen Union noch nicht gegeben: Der Europäische Rat und der Präsident der EU-Kommission müssen mit dem Regierungschef eines – wenn auch im Weggang befindlichen – Mitgliedstaats verhandeln, der gleich von zwei seiner Amtsvorgänger aus der eigenen Partei des Verfassungsbruchs und der Verlogenheit geziehen wird.

John Major, als Nachfolger Margaret Thatchers von 1990 bis zur Wahl Tony Blairs 1997 britischer Premier, hat sich der Verfassungsklage gegen die Regierung Johnson wegen der überlangen Suspendierung des Parlaments angeschlossen. David Cameron, der in sein Amt als Vorsitzender der Konservativen Partei und dann als Regierungschef (2010-2016) nur deshalb gewählt worden war, weil er die Durchführung des EU-Referendums versprochen hatte, charakterisiert Johnson als Ausbund von Illoyalität und Opportunismus, der genauso wie der Brexit-Notstandsminister Gove Unwahrheit als Methode der politischen Arbeit einsetzt. Dass die harsche Kritik der Vorgänger zugleich nichts an den Popularitätswerten Johnsons ändert, unterstreicht die Anspannung in dem Land, das in der Frage des

Austritts aus der EU tiefer zerstritten ist als je zuvor. Nur wenige Wochen nach der umstrittenen Übergabe der Regierungsgewalt an Premierminister Johnson am 24. Juli ist die politische Krise, die das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland (UK) seit dem Brexit-Referendum im Juni 2016 in Atem hält, in eine Staats- und Verfassungskrise umgeschlagen. Unmittelbar nach seiner Ernennung hatte sich Johnson beim zentralen Punkt der britischen Politik festgelegt: Das Land wird auf jeden Fall am 31. Oktober 2019 aus der Europäischen Union austreten, mit oder ohne Vertrag. Die neue britische Regierung verstärkte vom ersten Tag an die Vorbereitungen für einen No-Deal-Brexit und leitete damit eine Politik der maximalen Konfrontation ein, sowohl gegenüber der Europäischen Union als auch gegenüber allen politischen Institutionen im UK, die der

Hinrich Kuhls lebt in Düsseldorf und arbeitet in der Sozialistischen Studien-Gruppe (SOST) mit. Der vorliegende Beitrag wurde am 17.9.2019 abgeschlossen. In *Sozialismus.de* 7-8/2019 erschien vom Autor der Beitrag: »Ein neuer Premierminister im uneinigen Königreich. Wahlkampf bei den britischen Konservativen«.



24.9.2019, London, nach der Entscheidung des Supreme Court (Foto: dpa)

rechtspopulistischen Auffassung entgegenzutreten, das Brexit-Votum umfasse auch ein Mandat für den disruptiven, vertragslosen Austritt aus der EU.

Entsprechend Artikel 50 des EU-Vertrags erlischt die Mitgliedschaft eines Landes zwei Jahre nach Einreichung des Austrittsgesuchs automatisch und ohne vertragliche Regelung, wenn bis dahin kein Austrittsabkommen ratifiziert worden ist. Dem Abkommen müssen das nationale Parlament des Austrittslandes und das Europäische Parlament mit einfacher Mehrheit sowie der Europäische Rat mit qualifizierter Mehrheit zustimmen. Das erste Brexit-Datum 29. März 2019 ist bisher zweimal verschoben worden, weil das britische Parlament dem Verhandlungsergebnis der Regierung May nicht zugestimmt und der Europäische Rat die britischen Anträge auf Verlängerung der Austrittsfrist jeweils einstimmig gebilligt hatte.

Die Ratifizierung war in drei Anläufen gescheitert. Der rechte Flügel der regierenden Konservativen Partei hatte das Abkommen abgelehnt, weil die nationale Souveränität des UK nicht vollständig wiederhergestellt worden sei, vor allem wegen des Nordirland-Protokolls im Austrittsvertrag. Die Regelung zur Verhinderung einer Zollgrenze in Nordirland im nicht ratifizierten Austrittsabkommen sieht vor, dass im Falle des Scheiterns der Verhandlungen über die künftige UK-EU-Kooperation das gesamte UK in der Zollunion verbleibt. Damit war der britische Kompromissvorschlag Bestandteil des Vertrags geworden und nicht der EU-Vorschlag, der allein den Verbleib Nordirlands in Zollunion und Binnenmarkt vorsah.

Mit beiden Lösungen sollen die Verpflichtungen aus dem Belfast-Karfreitagsabkommen von 1998 zur friedenssichernden Kooperation auf der irischen Insel eingehalten werden. Diese Rückversicherung für den Fall des Scheiterns weiterer Verhandlungen (»Backstop«) sollte frühestens nach der vereinbarten Übergangsphase zum 1.1.2021 wirksam werden oder bei deren einmalig möglicher Verlängerung um zwei Jahre am 1.1.2023. Für den hypothetischen Fall, dass beide Seiten trotz in gutem Glauben geführter Verhandlungen Anfang 2023 keine Einigung über die Außenhandelsbeziehungen herbeiführen könnten, würde die »Backstop«-Situation, also der Verbleib des UK in der EU-Zollunion, dann solange fortbestehen, bis ein neuer Kooperationsvertrag ratifiziert worden ist.

Die Mehrheit der Mitglieder des Kabinetts Johnson gehörte zu jenen konservativen Abgeordneten, die für das Scheitern der Ratifizierung des Austrittsabkommens verantwortlich sind. Sie besiegelten damit den Sturz der Premierministerin May, den sie im Sommer 2018 nach dem Rücktritt Johnsons als Außenministerin in Angriff genommen hatten und ab November 2018 mit dem parteiinternen Abwahlantrag gegen May und nach deren Verzicht auf eine weitere Kandidatur als Parteivorsitzende forciert hatten. Wie May lehnen sie den Verbleib des UK im Binnenmarkt und der EU-Zollunion strikt ab. Anders als die Vorgängerregierung will die Johnson-Regierung auf jeden Fall einen temporären, zeitlich unbestimmten Verbleib des UK in der Zollunion ab 2023 vermeiden. Die Zukunft des »Globalen Britanniens« sehen sie allein mit zügig abgeschlossenen neuen Freihandelsabkommen mit anderen Staaten und Freihandelszonen gewährleistet. Deshalb kommt für sie als künftige Kooperationsform mit der EU nur ein Freihandelsabkommen infrage. Johnson streitet ab, dass damit die Verpflichtungen aus dem Belfast-Abkommen nicht eingehalten werden können, und setzt sich damit in Widerspruch zur Regierung der Republik Irland, der Mehrheit der nordirischen Bevölkerung, der Mehrheit im britischen Parlament und – immer noch – der Mehrheit der Staats- und Regierungschefs der EU²⁷.

Maximale Konfrontation gegenüber der EU

Hieraus ergibt sich die eine der beiden Linien maximaler Konfrontation der Brexit-Hardliner der britischen Regierung. Die Forderung gegenüber der EU lautete zunächst: Das Nordirland-Protokoll muss aus dem Austrittsvertrag vorab gestrichen werden, ansonsten beteiligt sich die Regierung nicht weiter an der Konfliktlösung und tritt ohne Vertrag aus. Die Verweigerung der Gespräche war unter dem internationalen und innenpolitischen Druck nicht aufrechtzuerhalten, doch die Androhung des vertragslosen Brexits mit Datum Ende Oktober wird nach wie vor hochgehalten und strukturiert die Gespräche vor dem Treffen des Europäischen Rats am 17./18. Oktober.

Wie in den Verhandlungsrunden mit May sind diese Gespräche von gegenseitigen Vorhaltungen begleitet. Die Johnson-Regierung wird dabei jede Gelegenheit nutzen, die Intransigenz seitens der EU als Rechtfertigung ihres populistischen Kurses herauszustellen. Eine Lösung des Konflikts zeichnet sich nicht ab, auch wenn aus dem Amtssitz des Premiers nach der Suspendierung des Parlaments die Redewendung ausgegeben worden



iz3w ◀

Sozialstaaten – »Begünstigte erhalten einen Zuschuss«

Außerdem: 20 Jahre Kosovokrieg | Wissensdrang trifft Sammelwut | Erinnerungskultur in Chile

52 Seiten, € 6,-

www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

ist, dass die Regierung mehr Kraft auf das Erreichen eines Deals als auf die Vorbereitungen für einen Chaos-Brexit verwendet.

Der Schritt von der Androhung eines vertragslosen Brexits zu dessen Umsetzung bedeutet international, dass die rücksichtslos von der Johnson-Regierung betriebene Rückverlagerung der vollen Souveränität auf das UK mit dem Bruch des Belfaster Abkommens von 1998 einhergeht, die Souveränitätsrechte der Republik Irland verletzt werden und für absehbare Zeit jegliche Verhandlungen für eine ökonomische und sicherheitspolitische Neupositionierung des UK gegenüber der EU blockiert sind.

Maximale Konfrontation gegenüber den britischen Eliten

Auf nationaler Ebene bedeutet der vertragslose Brexit, dass die im Rahmen der repräsentativen Demokratie nicht legitimierte neue Minderheitsregierung unter Leitung von Johnson mit dem Rekurs auf den im Rahmen der direkten Demokratie getroffenen Austrittsentscheid Wirtschaft und Gesellschaft des UK in Geißelhaft nimmt. Um den unbedingten Brexit durchzusetzen, und um der Androhung des disruptiven Austritts gegenüber der EU das entscheidende Gewicht zu verleihen, mussten Johnson und sein Kreis der Brexit-Hardliner auch innenpolitisch die Konfrontation mit den Brexit-Gegnern innerhalb der politischen Eliten forcieren.

Fast der gesamte Leitungskader der von der Wahlkommission Anfang 2016 als offizieller Träger der Pro-Brexit-Kampagne ausgewählten Organisation »Vote Leave« – soweit Mitglied der Konservativen Partei oder mit ihr verbunden – ist jetzt in der Regierung als Minister*in oder als Berater*in im Stab der politischen Grundsatzabteilung (»Policy Unit«) des Premierministers tätig. Nach dem Brexit-Referendum und dem Rücktritt Camerons 2016 hatte dieser Kreis der entschiedenen Brexit-Befürworter*innen die für die Gestaltung des EU-Austritts wichtigen Ministerien – das Außen-, das Handels- und das Brexit-Ministerium – eingefordert und erhalten, konnte aber seine politische Forderung des klaren Schnitts per EU-UK-Freihandelsabkommen gegen May und das sie stützende Tory-Zentrum zunächst nicht durchsetzen.

Nach dem Austritt der damaligen Minister Davis (Brexit) und Johnson (Außen) im Sommer 2018 brachte der rechtspopulistisch-nationalistische Flügel der Tories dann die Politik der maximalen Konfrontation auf den Weg. Die parteiinterne Auseinandersetzung wurde zu ihren Gunsten von dem anhaltenden Zuspruch für die Rechtspopulisten um Farage bei gleichzeitigem Einbruch der Zustimmungswerte für May und die Konservative Partei gestützt. Der Ausgang der Europawahl (31% für die Brexit-Partei; 9% für die Tories) begünstigte den sowohl in der Tory-Fraktion als auch bei den Mitgliedern unangefochtenen Erfolg Johnsons bei der Wahl zum Vorsitzenden der Konservativen Partei. Damit war die personelle Konstellation erreicht, die notwendig ist für die harte Konfrontationspolitik aus dem Zentrum der Exekutive.

Die politischen Ziele der Brexit-Hardliner hatte zu Beginn der Offensive im August 2018 der jetzige Leiter des Büros des Premierministers, Dominic Cummings, in einem bemerkenswerten, aber wenig beachteten Blogbeitrag aufgeschrieben. Cummings

war 2015 Mitbegründer von »Vote Leave« und dann als Direktor der Organisation verantwortlich für die politische und organisatorische Umsetzung der Pro-Brexit-Kampagne. Zuvor war er sieben Jahre lang Sonderberater und Büroleiter des damaligen Bildungs- und jetzigen Brexit-Notstandsministers Gove gewesen. In der Kampfansage an das politische Establishment vom August 2018 entwickelte Cummings den Brexit als ein Projekt des längst überfälligen Elitenwechsels, der gegen das politische Establishment durchzusetzen ist. Mit dem Wegfall der supranationalen EU-Regulierungen und dem Elitenaustausch würden die Blockaden entfernt, die die Entwicklung neuer Schlüsseltechnologien im Land behindern, und so die Wettbewerbsvorteile der britischen Ökonomie entfesselt. Damit trifft er zugleich haargenau die neben der fehlenden Sozial- und Ausgleichsunion schwerwiegendste Schwäche der EU, das bisherige Ausbleiben einer über die Grenzen hinweg abgestimmten Industrie- und Infrastrukturpolitik (vgl. den Auszug im Kasten auf S. 10).

Der neunte September des Boris Johnson

Nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden der Konservativen Partei und damit zum designierten Premierminister haben Johnsons Aktionen das politische System des UK erschüttert.

- Die Übertragung der Regierungsgeschäfte an einen Tory-Vorsitzenden, der im Parlament über keine ausgewiesene Mehrheit verfügt, war mit einer Verfassungsdehnung verbunden. Parlamentssprecher Bercow, der jetzt vehement das Agieren der Regierung als außergesetzlich beklagt, hatte die aus den Reihen der Konservativen Partei beantragte Feststellung der Mehrheitsfähigkeit Johnsons unterbunden.
- Bei der Besetzung der Ministerposten seiner Minderheitsregierung berücksichtigte Johnson überwiegend Abgeordnete aus dem rechten Tory-Flügel; alle Kabinettsmitglieder hatten sich verpflichten müssen, die auf die Durchsetzung eines vertragslosen Brexits zielende Konfrontationspolitik im Rahmen der kollektiven Verantwortung des Kabinetts mitzutragen. Die Tory-Minderheitsregierung wird vom Minderheitsflügel der Tory-Partei beherrscht.
- Entgegen allen Verfassungskonventionen verzichtete der neue Premier darauf, die Sitzungspause des Parlaments während des Sommers zur Vorbereitung seiner ersten Regierungsklärung zu nutzen; die Abstimmung zur Thronrede gleich zu Sitzungsbeginn in der ersten Septemberwoche hätte den Oppositionsparteien und den innerparteilichen Gegnern die Möglichkeit eröffnet, der Minderheitsregierung sofort das Misstrauen auszusprechen und noch rechtzeitig vor dem EU-Ratstreffen Mitte Oktober Neuwahlen durchzuführen.
- Stattdessen ließ Johnson noch vor Ende der Sommerpause in einer geheim vorbereiteten Aktion das Staatsoberhaupt die Prorogation des Parlaments für die Zeit vom 9. September bis 14. Oktober unterzeichnen. Trotz Leugnung seitens der Regierungsmitglieder war der Zweck der überlangen Suspendierung des Parlaments sofort offensichtlich: Die weiteren Maßnahmen zur Vorbereitung des No-Deal-Brexits und die Verhandlungsschritte mit der EU sollten der Kontrolle der Legislative entzogen werden. Sowohl die Prorogation selbst als auch deren Vorbereitung wurden juristisch ange-



D. Cummings (r.) (dpa)

Dominic Cummings, Special Advisor der Regierung Johnson, über das politische Establishment und die Perspektiven eines nicht mehr an Europa gebundenen UK:

»Der Mitbegründer und Chefwissenschaftler des KI-Unternehmens DeepMind, Shane Legg, hat vor einigen Jahren erklärt, die Wahrscheinlichkeit, dass wir Künstliche Intelligenz auf menschlichem Niveau bis 2028 erreichen werden, betrage 50% und bis 2050 90%. Nach den jüngsten Weiterentwicklungen, auch bei DeepMind, ist es unwahrscheinlich, dass er diese Prognose jetzt für zu optimistisch hält. Zu berücksichtigen ist auch, dass der Rüstungswettlauf um die Künstliche Intelligenz zwischen den USA und China bereits in vollem Gange ist, dass das Vereinigte Königreich seinen Wettbewerbsvorsprung schon verloren hatte, bevor die Abgeordneten überhaupt diesen Begriff gehört hatten, und dass die ganze EU (abgesehen von London) auf diesem Gebiet zunehmend irrelevant wird, weil alle Fortschritte auf diesem Gebiet in den Entwicklungszentren an den Küsten der USA und Chinas stattfinden – angespornt durch die Dynamik in Ökonomie und nationaler Sicherheit. Das wird sich noch verschärfen, wenn die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof die EU-Grundrechtecharta nutzen, um die Befugnis zur Regulierung aller Hochtechnologiebereiche von der KI bis zur Genomik an sich zu reißen – eine Rechts- und Machtdynamik, die in Londons Technologiewelt noch immer stark unterschätzt wird. Wer meint, die Datenschutz-Grundverordnung 2018 (DS-GVO) sei schon ein Schlamassel, der wird sich erst noch umschauen, wenn der EuGH dann in drei Jahren die richtungsweisenden Fälle zu autonomen Drohnen und zur Gentechnik entscheidet und die Forschung auf diesem Gebiet umstülpt.

»Vote Leave« argumentierte während der Referendums-Kampagne, dass der siegreiche Entscheid für den Brexit damit verbunden ist, dass die gewaltigen, von der Gesellschaft gewollten Veränderungen umgesetzt werden, dass vor allem das Vereinigte Königreich Wissenschaft und Technologie in den Mittelpunkt eines tiefgreifenden Prozesses der nationalen Erneuerung stellt. Hierbei und wie bei allen anderen Themen, angefangen von der Einleitung und Durchführung der Austrittsverhandlungen bis hin zur Festlegung der Prioritäten in der Haushalts- und Migrationspolitik, hat SW1 (SW1 als Kürzel für Parlament, Regierung und Ministerialbürokratie in London SW1; Anm. d. Red.) im Allgemeinen und die Konservative Partei im Besonderen das Gegenteil von dem getan, was »Vote Leave« in Aussicht gestellt hatte. Sie haben das Land in den Ruin getrieben, und der einzige Vorteil ist, dass sie damit die Fäulnis von Westminster (Parlament) und Whitehall (Ministerien) offenkundig werden ließen und viele,

die weiterhin ihren Kopf unter dem Kissen verstecken wollten, gezwungen haben, der Realität ins Auge zu schauen – der erste Schritt zur Besserung. Nach einem abgrundlos schlechten Zwischenspiel der Regierung May/Hammond, das hoffentlich schon im Oktober 2018, spätestens aber im Juli 2019 vorbei sein wird, muss der Nachfolger den Kurs an fast jeder Front ändern: angefangen vom Nationalen Gesundheitsdienst NHS bis hin zu der Art und Weise, wie die Ministerien Milliarden von Pfund in die gierigen Pfoten von Unternehmensplünderern schütten bei der Verwendung und Verteilung (jenes Viertels des jährlichen Staatsbudgets – Anm. d. Red.) in Höhe von mehr als 200 Mrd., das durch Verträge mit Firmen wie Carillion oder BAE Systems gebunden ist: »Es ist kein Geld da«, blöken fast alle im Regierungsviertel, während es in unermesslichem Umfang in diese Halbwelt von Unternehmen geschaufelt wird, die dann ihre Abgeordneten mit Spenden füttern. Mays Nachfolger könnte sich entscheiden, die wirtschaftlichen und technologischen Kräfte, die die Welt verändern, tatsächlich ernst zu nehmen. Das UK könnte, mit einer völlig anderen Zukunftsvision seine Sicherheit und seinen Wohlstand verbessern und so der Welt insgesamt helfen. Das aber erfordert 1) eine grundlegende Änderung der Machtstrukturen in der Regierung und den Ministerien (neues Personal, Ausbildung, Ideen, Werkzeuge und Institutionen), damit die Entscheidungen optimiert werden können, und 2) die Etablierung wissenschaftlicher Forschungs- und Technologieprojekte an der Spitze der Macht. Wir könnten ein Wissenskapital aufbauen, das einen weitaus größeren realen Einfluss hat als die Chimäre einer »Einflussosphäre« der Brüsseler Besprechungsräume, den die Regierungen bisher als Vorwand genommen haben, um Macht an Brüssel zu übertragen, wo ein Denken vorherrscht, das näher an den 1970er Jahren ist als an Shenzhen oder Silicon Valley. Corbyn beiseite zu schieben, wäre ein Kinderspiel für eine Regierung, die sich auf wichtige Fragen konzentrierte und Projektmanagement – ein bisher nicht diskutierbares Thema in SW1 – ernst nehmen könnte.

Das ganze Land – die ganze Welt – kann sehen, dass unsere verrotteten Parteien getäuscht haben. Sie machen mit der Ministerialbürokratie gemeinsame Sache, um neue Ideen und Menschen fernzuhalten. Das politische Establishment (»SW1«) hat versucht, den revolutionären Auswirkungen des Referendums zu widerstehen, aber dieser Widerstand muss brechen: Auf die eine oder andere Weise sind die alten Wege zum Scheitern verurteilt. Das Land stimmte 2016 für einen tiefgreifenden Wandel. Die Tories haben das nicht verstanden, daher war ihre Wahlkampagne 2017 eine der schlechtesten der modernen Geschichte. Dieses katastrophale May-Kabinett, das ein vernichtendes Urteil in den Geschichtsbüchern verdient, zerfällt vor unseren Augen: Lasst uns den Zerfall forcieren.« (Cummings, D.: Some interesting stuff on AI/ML with, hopefully, implications for post-May/Hammond decisions. On the referendum #28; Dominic Cummings's Blog, 8.8.2018; <https://dominiccummings.com/2018/08/08/on-the-referendum-28-some-interesting-stuff-on-ai-ml-with-hopefully-implications-for-post-may-hammond-decisions/>)

fochten. Während das Obergericht in Nordirland und der High Court in England die Prorogation als nicht justiziablen politischen Akt einstufen, erklärte das schottische Obergericht die Prorogation für null und nichtig. Sollte der Supreme Court als oberste Instanz sich bei dieser verfassungsrechtlichen Frage sich dem Beschluss der schottischen Richter anschließen, würde die Staatskrise im UK in ein entscheidendes Stadium treten und die Regierung Johnson unter enormen Druck geraten. Die Parteivorsitzende der Liberaldemokraten und der Fraktionschef der schottischen Nationalpartei bezeichneten Johnson wegen des Agierens in dieser Frage als Diktator.

- Nach wie vor erklärt Johnson, er sei nicht an das Gesetz vom 9.9.2019 zur Verhinderung eines No-Deal-Brexits gebunden und er werde auf keinen Fall den in diesem Gesetz vorgeschriebenen Brief mit dem Antrag zu einer weiteren Verlängerung der Austrittsfrist absenden, sofern bis zum 19. Oktober kein Austrittsabkommen verabschiedet worden ist. Das Gesetz war geschlossen von den Oppositionsparteien und »21 Rebellen« des rechtsliberalen Flügels der Tories durchgeboxt worden. Hier bahnt sich kurzfristig die nächste juristische Auseinandersetzung an.
- Im Nachhinein wurde die Abstimmung über das No-Deal-Gesetz von Johnson als Votum erklärt, mit dem er die Vertrauensfrage verbunden hätte. Daraufhin wurden »21 Rebellen« umgehend aus Fraktion und Partei ausgeschlossen.
- Am Tag der Suspendierung verpflichtete das Parlament die Regierung zur Publikation ihrer Notfallpläne für einen vertragslosen Brexit und ihrer internen Kommunikation zur Vorbereitung der Prorogation; die Regierung veröffentlichte nur das erste Dokument, die Zusammenfassung der »Operation Yellowhammer« mit der Bezeichnung »Worst Case Szenario«, wohingegen die schottische Ministerpräsidentin erklärte, ihr sei auf offiziellem Weg einen Monat zuvor das identische Dokument als zu erwartendes »Basisszenario« zugegangen. Alle Wirtschaftsverbände im UK sind sich einig, dass die britische Regierung mit Brexit-Notstandsminister Gove an vorderster Front trotz der drastischen Folgen, die in dem Dokument regierungsoffiziell dargelegt werden, das Ausmaß der sich anschließenden Rezession schönredet.¹ Die ökonomischen Rückwirkungen auf die Volkswirtschaften der EU27 werden weiterhin systematisch unterschätzt.
- Zweimal stellte Johnson den Antrag auf Auflösung des Parlaments zwecks Neuwahlen, um so das No-Deal-Gesetz im Falle seines Wahlsiegs aushebeln zu können; beide Male erreichte er nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit, sondern nicht einmal die einfache Mehrheit und erhielt somit ein weiteres Mal den Misstrauensbeweis für seine Minderheitsregierung.

Die Regierung Johnson hatte in ihrer ersten und bisher einzigen Parlamentswoche alle sechs Abstimmungen verloren. Am Abend des 9. September ließ Johnson dann durch Rückgriff auf das Vorrecht der Monarchie das Parlament für fünf Wochen suspendieren. Der Parlamentssprecher kam der Auflösung erst nach, nachdem er den Akt als Selbstermächtigung der Exekutive (»executive fiat«) herausgestellt hatte und zuvor aus Protest dagegen seinen Rücktritt zum 31. Oktober erklärt hatte.

Das Johnson-Regime versucht, sich mit der Prorogation Zeit zu verschaffen, entgegen den Mehrheitsverhältnissen die No-Deal-Planungen fortzusetzen und Gespräche und formelle Verhandlungen mit der EU unter der Maxime des vertragslosen EU-Austritts zu führen. Ihre Legitimation bezieht sie allein aus der Formulierung, »kein Vertrag sei besser als ein schlechter Vertrag«, mit dem im Wahlprogramm der Konservativen Partei zur Parlamentswahl 2017 jene Interpretation des Brexit-Votums Eingang gefunden hatte, die die Rechtspopulisten innerhalb und außerhalb der Konservativen Partei einte. Diese Auffassung unterlag aber nicht der Gesamtheit der 52% des Elektorats, die sich 2016 im Referendum für den Austritt entschieden hatten. Der Verlust der parlamentarischen Mehrheit der Tories bei der Wahl 2017 bestätigte dann auch, dass der vertragslose Bruch mit der EU über keine Basis in der repräsentativen Demokratie und ihren Institutionen verfügt – außer in der Minderheitsregierung, die – wie schon vor vier Jahren die Kampagnenorganisation »Vote Leave« – von einer rücksichtslosen Clique euro-pafeindlicher Akteure gehackt worden ist.

Neuwahlen im November?

Unabhängig von Bestand und Länge der Prorogation wird Johnson die Zeit nutzen, um sich weiterhin zugleich als Konsul und als Volkstribun zu inszenieren, der liberale Tories aus der Partei wirft, die sich der plakativen EU-Feindlichkeit entgegenstellen; der das Parlament in den Zwangsurlaub schiebt; und der erklärt, er werde ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz auf keinen Fall umsetzen. Seine extreme Dehnung der Verfassungskonventionen, vulgo Winkelzüge, und seine Inszenierungen zielen allein darauf ab, dass er vom Wahlvolk bei der nächsten Wahl mit einer Regierungsmehrheit ausgestattet wird – entweder als Held, der das Königreich zum 31. Oktober aus den Vasallen-Fesseln der EU befreit hat, oder als Märtyrer, der an den »Volksfeinden« in den britischen Gerichten und im Parlament und an den Lehnsherrn der Brüsseler Bürokratie gescheitert ist.

Die Zwangspause des Parlaments soll die nahezu ungestörte Präsenz des Premiers und seiner Minister*innen in den Medien erleichtern. Die auflagenstarken Publikationen unterstützen überwiegend den Kurs der Brexit-Hardliner. Das wird Johnsons Popularitätswerte nicht schmälern. Zwar rückten während ihrer Parteitage die Liberaldemokraten und die Labour Party kurzfristig in den Focus der Berichterstattung, doch die gesellschaftliche Debatte wird trotz des ihn begleitenden Protests vom Parteitag der Konservativen Partei und ihrem in Szene gesetzten neuen Vorsitzenden bestimmt werden.

Dennoch ist es gänzlich unsicher, wer die nächste Parlamentswahl für sich entscheidet. Wegen der starken Zuwächse für die Brexit-Partei und die Liberaldemokraten in den Meinungsumfragen und der Verluste von Konservativen und Labour ist in den mehr als hundert Wahlkreisen, die bei der letzten Wahl mit knapper Mehrheit entschieden worden sind, der Ausgang ungewisser als je zuvor. Drei Entwicklungen zeichnen

¹ Vgl. Benjamin Triebe: Der Brexit ohne Abkommen ist gefährlich, NZZ 13.9.2019, S. 26-27; Online: www.nzz.ch/wirtschaft/no-deal-warum-ein-brexit-ohne-abkommen-so-gefaehrlich-ist-ld.1507195.

sich ab: Die SNP wird in Schottland fast alle Mandate gewinnen und ihre Position als drittstärkste Fraktion in Westminster ausbauen können; trotz prominenter Zugänge und erhöhter Zustimmungswerte werden die Liberaldemokraten ihre Mandate von jetzt 15 kaum auf mehr als 30 erhöhen können; die Konservative Partei wird für den Fall, dass der No-Deal-Brexit verhindert werden kann, nur die Mehrheit der Mandate erringen, wenn sie mit der Brexit-Partei ein Wahlbündnis eingeht. Farage hat seinen Preis bereits benannt: Der Verzicht einer konservativen Kandidatur in 80 von 580 Wahlkreisen in Wales und England zugunsten der Brexit-Partei, was erstmals einer Fraktion der Rechtspopulisten im Umfang von etwa 40 Mandaten den Weg ins Unterhaus bereiten würde.

Die bevorstehende Parlamentswahl entscheidet nicht nur über den Brexit. Es geht vielmehr um die Zukunft der parlamentarischen Demokratie im UK und um die Frage, ob eine politische Wende eingeleitet werden kann, mit der die Jahrzehnte währende Austeritätspolitik durch eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik abgelöst wird. Mit dem seinerzeit von Cameron auf Druck der Rechtspopulisten innerhalb und außerhalb der Tories durchgesetzten EU-Referendum hatte das Parlament seine eigene Souveränität beschnitten. Der Status und Prozess dieses Verfahrens war und ist verfassungsmäßig nicht geklärt. Das war der Anfang des Brexit-Chaos. Weil es bis heute im Parlament keine Mehrheit für den Brexit gibt, kann sich Johnson offen gegen das Parlament stellen, das angeblich die legitimen Interessen des Volks unterläuft, und den Chaos-Brexit auf seine Fahnen schreiben.

Die Oppositionsparteien pochen hartnäckig darauf, dass das Parlament nach britischer Rechtstradition der Souverän ist, der frei über die Gesetzgebung entscheidet. Dieses Recht ist mit der Prorogation und Johnsons Ankündigung, den gesetzlichen Auftrag zur Vermeidung des Chaos-Breitxs zu missachten, außer Kraft gesetzt worden. Nach wie vor ist unklar, ob die oppositionellen Kräfte sich auf eine gemeinsame Verteidigungslinie einigen können.

Nimmt der mit der überlangen Suspendierung des Parlaments vorgegebene Ablauf der weiteren Ereignisse seinen von der Johnson-Regierung erhofften Gang, dann werden zwischen dem 14. und 31. Oktober für die Neupositionierung des UK in Europa und für den Ausgang des Verfassungskonflikts im UK die Weichen gestellt. Die Thronrede ist für den 14. Oktober terminiert, die Entscheidung über eine neue Vertragsvariante und/oder eine Verlängerung der Austrittsfrist ist im Europäischen Rat am 17./18. Oktober vorgesehen. Die Abstimmung über die in der Thronrede vorgetragene Regierungserklärung erfolgt voraussichtlich am 21. Oktober. Sie ist gemäß der Verfassungskonvention mit der Vertrauensfrage verbunden. Unterliegt die Regierung, sind unmittelbar Neuwahlen anzusetzen, über deren Termin der Regierungschef entscheidet. Zugleich kann mit der Bekanntgabe des Termins das Parlament erneut bis zum Wahltag suspendiert werden. Sollte zu diesem Zeitpunkt der Chaos-Brexit immer noch als Option im Raum stehen, befinden sich die Oppositionsparteien in einer Entscheidungsfalle: Entweder sie stimmen der Regierungserklärung zu und legitimieren so die Minderheitsregierung und ihren Brexit-Kurs für die weitere Legislaturperiode womöglich bis 2022. Oder sie lehnen sie ab und

eröffnen so der Johnson-Regierung den Weg, das Land während einer weiteren Prorogationsphase über die Klippen zu stürzen und den vertragslosen Bruch mit der EU wahr werden zu lassen.

In dieser zugespitzten Situation könnte der Kurs Richtung Chaos-Brexit nur noch mit einem Misstrauensantrag verhindert werden, der mit der unverzüglichen Ernennung eines neuen Premiers und der Bildung einer Übergangsregierung verbunden ist. Der Antrag kann allein vom Oppositionsführer Corbyn gestellt werden. Der Vorsitzende der Labour Party weist zurecht darauf hin, dass damit entsprechend der Verfassungskonvention der Auftrag an ihn verbunden ist, eine Regierung zu bilden. Corbyn war schon Anfang September den anderen Oppositionsparteien entgegengekommen, indem er die Aufgaben der Übergangsregierung strikt auf die Verschiebung des Brexit-Datums und die Einleitung von Neuwahlen beschränken wollte. Die Regionalparteien aus Schottland und Wales hatten Corbyns Vorschlag unterstützt. Doch bisher haben sich die Liberaldemokraten, die kleine, aus ehemaligen Labour- und Tory-Abgeordneten gebildete Fraktion »Independents for Change« und die aus der konservativen Fraktion ausgeschlossenen Johnson-Gegner*innen diesem Vorschlag nicht anschließen können.

Für den 19. Oktober hat das parteiübergreifende Bündnis »People's Vote« in vielen Städten zu Massendemonstrationen aufgerufen. In London bereiten sich die Organisatoren auf die Teilnahme von bis zu zwei Millionen Menschen vor. Das Bündnis fordert die Verhinderung des No-Deal-Breitxs und ein zweites Referendum zum nächstmöglichen Zeitpunkt. An dem Bündnis beteiligen sich neben vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen Politiker*innen aus allen Parteien außer der Brexit-Partei und der DUP. Politisch wird das Aktionsbündnis von den Liberaldemokraten und dem sozialdemokratischen Flügel der Labour Party um den stellvertretenden Vorsitzenden Watson dominiert. Die Liberaldemokraten haben sich auf ihrem Parteitag auf die sofortige Rücknahme des Austrittsantrags als Kern ihrer Europapolitik festgelegt. So stehen sich jetzt die Kontrahenten aus dem EU-Referendum als zwei sich verfestigende gesellschaftliche Blöcke gegenüber: Hier die Massenbewegung für ein neues Referendum einerseits, und dort die Anhänger*innen eines sofortigen EU-Austritts, die von der Brexit-Partei und der jetzigen Mehrheit der Konservativen Partei repräsentiert werden. Für die politischen Kräfte in der Labour Party und der Gewerkschaftsbewegung, die für einen neuen Sozialvertrag zur Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung arbeiten und die die Lösung der Brexit-Frage in der rücksichtslosen Beseitigung der zerstörerischen Folgen der Austeritätspolitik suchen, wird der politische Bewegungsraum von Tag zu Tag schmaler.

Beim Agieren des Europäischen Rats und der anderen EU-Institutionen sowie der Regierungen der EU27-Staaten fällt dem älteren Zeitgenossen nur die politische Karikatur von João Abel Manta ein, auf der die großen Köpfe aus Politik und Wissenschaft den Umriss eines kleinen Landes beäugen. 1974 ging es um die Unsicherheit, welchen Entwicklungsweg Portugal nach der Nelkenrevolution gegen die Militärdiktatur einschlagen wird. Heute schauen die kleinen Köpfe zu, wie das Stammland der repräsentativen Demokratie im Morast eines autoritären Kapitalismus zu versinken droht.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

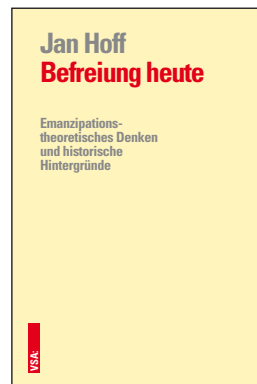
Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de